

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, Oranienstraße 164, 10969 Berlin

An:
Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe
EUREF-Campus 23-24
10829 Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin

Nina Stahr und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Oranienstraße 164
10969 Berlin

Kontakt für Rückfragen:
wahlpruefsteine@gruene-berlin.de

Berlin, 8. September 2026

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf die Wahlprüfsteine des Konzernbetriebsrats der GASAG-Gruppe zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Änderungen oder Kürzungen bedürfen erneuter Freigabe.

1. Versorgungssicherheit & Infrastruktur-Resilienz

Einordnung der GASAG

Die Bedrohungslage für kritische Infrastrukturen (KRITIS) hat sich verschärft. Berlin benötigt nicht nur eine grüne, sondern eine resiliente Infrastruktur, die gegen Sabotage und Blackouts gewappnet ist. Die GASAG-Gruppe verfügt über das operative Know-how und die Fachkräfte, um die Versorgungssicherheit in Krisenzeiten zu garantieren.

Frage der GASAG

Wie wollen Sie eine krisenfeste und klimaneutrale Energieversorgung Berlins sicherstellen, und welche Rolle weisen Sie dabei der GASAG-Gruppe als integriertem Energiedienstleister zu – insbesondere beim Schutz vor physischen und digitalen Angriffen auf die Infrastruktur?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Der Ausfall von Strom, Wärme und Kommunikation kann das Vertrauen in staatliche Daseinsvorsorge tief erschüttern. So haben nicht zuletzt die Blackouts durch Anschläge strukturelle Fragen von Versorgungssicherheit und Katastrophenschutz aufgeworfen. Wir begreifen Sicherheitspolitik daher schon seit Langem als integralen Bestandteil der Energiepolitik. Wer sich auf wenige zentrale Kraftwerke, „Stromautobahnen“ und gebündelte Trassen verlässt, ist abhängig, erpressbar und verwundbar. Selbstverständlich

müssen Absicherungsmaßnahmen gerade an kritischen Stellen in den Fokus genommen und das KRITIS-Dachgesetz adäquat umgesetzt werden. Das betrifft auch die GASAG als Betreiberin kritischer Infrastruktur. Echte Resilienz wird nicht durch Einzelmaßnahmen geschaffen, sondern durch ein Gesamtkonzept zur Absicherung und Notinstandsetzung und eine intelligente, dezentrale Struktur des Stromnetzes selbst. Unsere Antwort ist die dezentrale Energiewende: Ein Netz aus vielen Zellen, gespeist aus Erneuerbaren Energien, gepuffert durch Speicher und Vernetzung.

2. Sektorübergreifende Kooperation in der Daseinsvorsorge

Einordnung der GASAG

Die Dekarbonisierung Berlins erfordert eine nahtlose Abstimmung zwischen Stromnetz, Gasnetz und Fernwärme. Nur durch eine integrierte Netzplanung können Doppelstrukturen und unnötige Kosten vermieden werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Energiewende für alle Berlinerinnen und Berliner bezahlbar bleibt. Das gilt für alle Sektoren der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch für Verkehr, Sauberkeit und Sicherheit.

Frage der GASAG

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Akteure der Berliner Daseinsvorsorge (Energie, Wärme, Wasser, Mobilität) so zu vernetzen, dass zum Beispiel die kommunale Wärmeplanung effizient umgesetzt wird?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Zu Beginn werden wir die bestehenden und vom jetzigen Berliner Senat geschaffenen Strukturen daraufhin überprüfen, was bereits gut funktioniert, wo Doppelstrukturen bestehen und wo tatsächliche Lücken in Steuerung und Umsetzung liegen. Funktionierende Strukturen wollen wir stärken und weiterentwickeln, statt neue Parallelstrukturen zu schaffen. Unsere Zielrichtung ist dabei klar: Wir wollen Energie, Wärme, Wasser und Mobilität stärker als gemeinsames Infrastruktursystem organisieren.

Dafür wollen wir eine verbindliche Steuerungsrunde der zentralen Akteur*innen der Daseinsvorsorge etablieren. Entscheidend ist, dass die Zusammenarbeit nicht nur auf Vorstands- und politischer Leitungsebene stattfindet, sondern insbesondere auf der operativen Managementebene, auf der Investitionen, Bauvorhaben, Netzplanungen und Zeitpläne tatsächlich zusammengeführt werden können.

Gleichzeitig wollen wir die Bezirke als zentrale Umsetzungsebene stärken. Dazu gehören regelmäßige Austauschrunden zwischen Senat, Bezirken und Infrastrukturunternehmen. Auch die Genehmigungsbehörden müssen personell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, die anstehenden Infrastrukturprojekte zügig zu bearbeiten. Genehmigungsverfahren wollen wir konsequent digitalisieren und standardisieren.

Perspektivisch wollen wir diese Strukturen zu einem One-Stop-Shop für Daseinsvorsorge weiterentwickeln. Für Berliner*innen, Unternehmen und Gebäudeeigentümer*innen soll es damit eine zentrale Anlaufstelle geben, die Informationen und Beratung bündelt und durch die verschiedenen Verfahren und Fördermöglichkeiten lotst.

3. Planungssicherheit für Energieunternehmen

Einordnung der GASAG

Nachdem die Frage zur Konzession vorläufig geklärt ist, benötigt die GASAG-Gruppe Planungssicherheit für die notwendigen Investitionen in das Netz der Zukunft. Nur so können die hochqualifizierten Arbeitsplätze in der Gruppe gesichert und Berlin als moderner Wirtschaftsstandort (Stichwort: Wasserstoffhochlauf 2026/2027) wettbewerbsfähig gehalten werden.

Frage der GASAG

Wie wollen Sie die GASAG-Gruppe und das Berliner Gasnetz als unverzichtbaren Partner der Stadt langfristig absichern und wie werden sie Sie den Umbau des bestehenden Netzes zu einer wasserstofffähigen Infrastruktur (H2-Ready) unterstützen, um die Dekarbonisierung der Industrie und des Wärmemarktes effizient voranzutreiben?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Derzeit spielt das Erdgasnetz noch eine wichtige Rolle für die Wärmeversorgung der Stadt. Auf dem Weg zur Klimaneutralität wird sich diese Rolle jedoch grundlegend verändern. Gemeinsam mit der GASAG wollen wir deshalb einen verlässlichen Transformationspfad entwickeln, der aufzeigt, welche Teile der bestehenden Infrastruktur künftig für eine klimaneutrale Energieversorgung genutzt werden können.

Den gezielten Umbau hin zu einer wasserstofffähigen Infrastruktur unterstützen wir. Auch wenn wir den flächendeckenden Einsatz von grünem Wasserstoff in der Gebäudewärme nicht sehen, so erkennen wir den Bedarf in Feldern an, wo Elektrifizierung oder andere klimaneutrale Lösungen technisch kaum möglich sind, insbesondere an geeigneten Industrie- und Gewerbestandorten. Für diese Anwendungen wollen wir geeignete Abschnitte des bestehenden Gasnetzes zusammen mit der GASAG gezielt zu einer Wasserstoffinfrastruktur weiterentwickeln.

Dafür brauchen wir eine verbindliche Netztransformationsplanung, die eng mit der Berliner Wärme- und Energieplanung verzahnt ist. Geeignete Netzabschnitte müssen für den Transport von grünem Wasserstoff ertüchtigt und an die überregionale Wasserstoffinfrastruktur angebunden werden. Wo das Erdgasnetz künftig nicht mehr benötigt wird, muss die Infrastruktur dagegen schrittweise und sozialverträglich stillgelegt werden. Kund*innen müssen frühzeitig Planungssicherheit erhalten und dürfen nicht durch steigende Netzentgelte für eine schrumpfende Zahl von Gasanschlüssen belastet werden.

So sichern wir auch langfristig eine starke Rolle für die GASAG, nicht durch die Konservierung fossiler Infrastruktur, sondern als Partnerin beim Umbau zu einem klimaneutralen Berliner Energiesystem.

4. Ausbildung

Einordnung der GASAG

Die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte ist eine zentrale Voraussetzung für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende in Berlin. Gleichzeitig steigen die Anforderungen und Kosten der betrieblichen Ausbildung, etwa durch neue Technologien, zusätzliche Qualifizierungsbedarfe und notwendige Investitionen in moderne Ausbildungsinfrastruktur. Um ausreichend Nachwuchs für technische Berufe zu gewinnen und langfristig Fachkräfte zu sichern, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen sowie eine stärkere Unterstützung der ausbildenden Unternehmen durch das Land Berlin.

Frage der GASAG

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Unternehmen der Berliner Daseinsvorsorge – wie die GASAG-Gruppe – auch künftig ausreichend Ausbildungsplätze anbieten können, und welche Unterstützung des Landes Berlin planen Sie, um die steigenden Kosten der betrieblichen Ausbildung abzufedern?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Gerade bei den Versorgungsunternehmen setzen wir auf gute Ausbildungsbedingungen, weniger Abbrüche und eine verlässliche Fachkräftestrategie. Es sind die Fachkräfte von morgen, die über die Zukunft der Berliner Daseinsvorsorge entscheiden. Um die Kosten für die ausbildenden Unternehmen abzufedern, fordern wir eine solidarische Ausbildungsumlage. Das von uns maßgeblich vorangetriebene Modell sieht vor, Unternehmen bei den Ausbildungskosten zu entlasten. Leider wurde dieses Vorhaben von der schwarz-roten Berliner Koalition unnötig verkompliziert und als Sanktionsdrohung gegen die Berliner Wirtschaft eingesetzt. Wir wollen dagegen die Betriebe belohnen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Berlin braucht außerdem dringend Wohnraum für Azubis. Deshalb wollen wir das neue Azubiwerk zum Erfolg führen, damit es bezahlbaren Wohnraum sowie Beratungs- und Kulturangebote schafft.

5. Mitbestimmung in der Transformation

Einordnung der GASAG

Politische Zielvorgaben zur Klimaneutralität scheitern oft an der technischen oder personellen Realität vor Ort. Der Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe vertritt die Menschen, die die Berliner Infrastruktur jeden Tag instand halten und transformieren.

Frage der GASAG

Wie werden Sie sicherstellen, dass die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen bei der strategischen Neuausrichtung des Berliner Energiesektors nicht nur informiert, sondern in die effiziente Gestaltung der Berliner Daseinsvorsorge eingebunden werden?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Für uns ist die Einbindung von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften bei jeder strategischen Neuausrichtung ein entscheidender Erfolgsfaktor für Unternehmen der Daseinsvorsorge. Die sozial gerechte Transformation der Berliner Wirtschaft gelingt nur gemeinsam. Wir setzen uns für weitreichende Mitbestimmungs- und Initiativrechte in den Bereichen der Daseinsvorsorge ein, die Akzeptanz schaffen und Praxiswissen nutzen. Dazu gehört auch eine Reform und Stärkung der betrieblichen und unternehmensbezogenen Mitbestimmung. Um Klimaschutz mit Guter Arbeit zu verbinden, werden wir alle Mittel nutzen, Mitbestimmungsrechte abzusichern, die Behinderung von Beschäftigtenvertretungen konsequent verfolgen und Umgehungsmodelle ausschließen. Klima- und Umweltschutz im Betrieb, betriebliche Weiterbildung und Qualifizierung und Gleichstellung sind Rahmenbedingungen, die Innovation ermöglichen und zugleich soziale Sicherheit und Teilhabe garantieren.